Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1863

10.5.1863 (No. 110)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 10. Mai.

Nr. 110. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. 1863.

Deutschland.

Darmstadt, 8. Mai. (W. K.-B.) Die Zweite Kammer hat auf Antrag von Metz, Dumont und Lothary erklärt: Die Zweite Kammer betrachtet die Mainz-Darmstadter Konvention als gesetzwidrig, verordnungswidrig und darum rechtsungiltig, und verwahrt sich gegen die fernere Anwendung der Konvention als einen Bruch der Verfassung.

Leipzig, 6. Mai. Der hiesige Fortschrittsverein begann seine Thätigkeit mit einer Dissonanz, die nach dem „Fr. J." jetzt ausgeglichen werden wird. Die beiden liberalen Führer unserer Gemeindevertretung, Dr. Joseph und Dr. Heyner, haben sich wieder ausgesöhnt, da Ersterer an den Letzteren einen einlenkenden Brief geschrieben und sich entgegenkommend erwiesen hat.

Hannover, 7. Mai. (Wes.-Z.) Die heutige Gesetzsammlung enthält eine anderweite Feststellung der Vorwahlsbezirke für die Deputirtenwahlen der bäuerlichen Grundbesitzer zur Zweiten Kammer.

* **Berlin**, 6. Mai. Die „Schlesische Ztg." bringt das Gerücht von einem intimen Briefwechsel, welcher neuerdings angeblich zwischen den Königen von Preußen und Württemberg gepflogen worden sei.

Letzterer — schreibt man dem genannten Blatte — soll Sr. Maj. in einem vertraulichen Schreiben eröffnet haben, daß, wenn die polnischen Wirren wirklich zu einem europäischen Kriege führen sollten, alle häuslichen Differenzen vergessen sein werden und Württemberg wissen werde, was es der Vertheidigung deutscher Erde schuldig sei. Diese bundesfreundliche Mittheilung fand hier natürlich die herzlichste Aufnahme und Erwiederung, und soll der ganze Zwischenfall den König in die angenehmste Stimmung versetzt haben.

Die gemeinschaftliche Berathung der beiden liberalen Fraktionen über die Militärfrage dauert fort, ohne besondere Aussicht auf eine Einigung zu eröffnen. „Die Fortschrittspartei — schreibt man der „Köln. Ztg." — will vor allen Dingen eine Spaltung in ihren eigenen Reihen vermeiden, und räumt dadurch einer im eigenen Schoße vorhandenen Minderheit, welche den ganzen Kern der Reorganisation verwirft, eine unverhältnißmäßige Gewalt ein." — Als Thatsache wird westpreußischen Zeitungen mitgetheilt, daß dortige Geschäftsleute, welche nach Polen reisen müssen, sich nicht nur mit russischen Pässen, sondern auch mit Pässen der polnischen Nationalregierung versehen, da ohne die Legitimation der letzteren kaum noch durchzukommen ist.

Berlin, 7. Mai. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten führte, nach langer Erkrankung, der Präsident Grabow zum ersten Male wieder den Vorsitz. Auf den Wunsch des Abg. Stavenhagen erhebt sich das Haus, um den Präsidenten zu seiner Wiederherstellung zu beglückwünschen. Der Präsident äußert sich in Worten tiefgefühlten Dankes, und es wird dann in die Tagesordnung, die Berathung der Militärvorlage, eingetreten. Alle Tribünen sind überfüllt. Es sind mehrere Amendements eingebracht, die bei der Spezialdiskussion zur Sprache kommen werden. Es sind 23 Redner für und 21 gegen die Kommissionsanträge eingeschrieben.

Abg. Lietz spricht gegen die Kommissionsanträge, bleibt jedoch bei der Unruhe des Hauses auf der Tribüne ganz unverständlich.

Abg. Stavenhagen (für die Kommission): Die Ansichten, von welchen die Kommission ausgegangen, seien in dem Berichte so klar dargelegt, daß er Dem nichts mehr hinzuzufügen habe. Er wolle darum auf die Motive zurückgehen, mit welchen die Regierung die Vorlage begleitet, und hier könne er nur sagen, daß der Unterschied zwischen einer konstitutionellen und einer absoluten Regierung eben darin bestehe, daß in einem konstitutionellen Staate nicht schon der bloße Wille des Herrschers Gesetz sein könne. Möchte die Regierung von der Zweckmäßigkeit und der Nothwendigkeit der Reorganisation auch noch so sehr überzeugt sein, so hätte sie das Land mit derselben doch nicht beglücken dürfen, nachdem dieses Haus, seine Vertretung, sich gegen dieselbe erklärt. Die Regierung hält die Reorganisation für nothwendig, folglich muß dieses Haus die für dieselbe erforderlichen Kosten bewilligen, mag sie ihm im Uebrigen gefallen oder nicht; das stehe zwar nicht ausdrücklich in den Motiven, aber es sei doch der Sinn derselben. Die Motive sprächen auch von einem Wechsel in der Stellung der Landesvertretung zur Sache; in Wirklichkeit sei aber das gerade Gegentheil der Fall. Dem liberalen Ministerium gegenüber habe dieses Haus Rücksichten genommen; aber keiner Partei sei es eingefallen, die Reorganisation in Bausch und Bogen hinzunehmen. (Sehr richtig!) An Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen habe es in diesem Hause nie gefehlt; die bekannte „Episode" sei gewiß ein Beweis dafür. Aber das starre Festhalten der Regierung an ihrem Willen habe jede Verständigung unmöglich gemacht. Unter solchen Umständen könne von einer Wiederherstellung des gestörten innern Friedens nicht die Rede sein, und es bleibe dem Hause nichts übrig, als diejenige Entscheidung zu treffen, wie das Land sie will. (Bravo!) Discite justitiam! rufe er der Staatsregierung zu; Recht muß zuletzt doch Recht bleiben! (Bravo!)

Abg. v. Kirchmann: Hätte die Kommission sich darauf beschränkt, die Vorlage einfach abzulehnen, so wäre es gut gewesen und die gegenwärtigen Differenzen innerhalb der liberalen Partei wären vermieden worden; aber die Kommission habe die Vorlage amendirt und also selbst einen ganz neuen Gesetzentwurf vorgelegt, und dieser Standpunkt sei unhaltbar. An dem Prinzip, welches dieses Haus der gegenwärtigen Regierung gegenüber angenommen habe, müsse festgehalten werden; dieses Prinzip laute: Der gegenwärtigen Regierung nicht einen Mann und einen Thaler mehr zu bewilligen und überhaupt keine organisatorischen Gesetze mit derselben zu vereinbaren. Dazu komme noch, daß die Reorganisation, wie er fürchte, durch die Vorschläge der Kommission würde aufrecht erhalten werden können. Die gegenwärtige Zeit sei zu einer Aenderung des Gesetzes von 1814 nicht angethan, man müsse an diesem Gesetz also vorläufig festhalten. Redner kritisirt die Kommissionsvorschläge noch näher und geht dann auf die dermalige Lage über. Dieses Haus befinde sich nicht blos in der Militärfrage in einem Konflikt mit dem Ministerium, sondern es handle sich um die Verfassung selbst; in der Militärfrage aber liege der eigentliche Grund zu dem großen Uebel. Das Land kenne diese Lage der Dinge sehr gut und es wolle darum die Reorganisation nicht. Jüngst sei ein mysteriöser Artikel offiziösen Ursprungs erschienen, in welchem gesagt war, daß die Regierung allenfalls auch auf die zweijährige Dienstzeit eingehen könne. Man möge darum vorsichtig sein. (Vereinzeltes Bravo!)

Abg. Taddel: Die Vorlage der Regierung habe den Zweck, unser Volksheer in ein Soldatenheer umzuwandeln; nichts berechtige jedoch die Regierung hierzu, und was die Regierung aus den Verhandlungen und Beschlüssen über die Sache seit 1860 zu Gunsten ihrer gegenwärtigen Stellung folgern wolle, sei vollends unhaltbar. Nichts habe dieses Haus sich vergeben, vielmehr sei stets ausdrücklich Verwahrung dagegen eingelegt worden, daß aus den Bewilligungen des Hauses irgend eine präjudizielle Folgerung in Bezug auf die Stellung des Hauses zur Sache gefolgert werden könne. Redner führt dies näher aus und empfiehlt dann die Vorschläge der Kommission.

Abg. Graf Bethusy-Huc hält die Vorschläge der Kommission für unannehmbar und spricht sich für die Regierungsvorlage aus. Die Vorschläge der Kommission seien ein Angriff auf das königliche Element in der Armee. Man greife fort und fort die Minister an, während dem König die Ernennung seiner Minister doch freistehe; statt dieser Angriffe hätte man lieber in eine objektivere Prüfung der Sache selbst eingehen sollen. Man verlange ein Organisationsgesetz, während die Organisation doch lediglich Sache der Krone sei. Ein gleicher Angriff auf die der Krone unzweifelhaft zustehenden Prärogative sei die Forderung eines Rekrutirungsgesetzes, seien noch verschiedene andere Forderungen der Kommission. Die Kommissionsanträge seien ferner ein Angriff auf den Militärstaat, welch' letzterer durchaus nicht in dem behaupteten Gegensatze zum Verfassungsstaat stehe. Sage man, die Regierung wolle die Landwehr beseitigen, so sei dies unbegründet; man brauche in dieser Beziehung ja nur einfach die Regierungsvorlage zu lesen.

Abg. Parrisius: Er wolle nur die politische Seite des vorliegenden Gesetzentwurfs berühren. In diesem Hause, namentlich in der liberalen Partei, herrsche zwar eine Verschiedenheit der Meinungen, aber durchaus kein Zerwürfniß; in der Sache selbst sei das Haus einig, wie das Land. Redner bekämpft dann diejenige Ansicht, welche eine einfache Verwerfung der Regierungsvorlage und keine Amendirung will. Sage man, es sei noch nicht Zeit, daß das Haus sich in positiver Weise ausspreche, so widerspreche man sich selbst durch die vorgeschlagenen Resolutionen, welche ja ebenfalls Positives, wenn auch in anderer Form, enthielten. Die Amendirung sei verständlicher für das Volk, welches die sog. feineren Nuancen der Politik nicht verstehe, sondern die Dinge stets nur im Großen und Ganzen betrachte. Die Kommissionsvorschläge seien hervorgegangen aus dem vollsten Bewußtsein Dessen, was das Volk wolle, und dazu komme auch noch in Betracht, daß neben dem Positiven der Regierung dem Lande auch von diesem Hause etwas Positives geboten werden müsse. (Bravo!)

Abg. Meibauer: Seitens der Staatsregierung werde nicht die geringste Konzession gemacht; die Willkür der Regierung trete immer progressiver hervor; das Verfassungsleben werde an der Wurzel angegriffen, — alles Dieses lediglich zu Gunsten der verfassungsfeindlichen Partei; und da solle man der Regierung noch die Hand bieten? Diesem Hohn gegenüber sei die Würde des preußischen Volkes zu wahren und demgemäß die Regierungsvorlage einfach, ohne Amendirung, abzulehnen. Redner kritisirt die Kommissionsvorschläge dann noch eingehend.

Abg. Dr. Gneist: Die Kommission habe einer fertigen Reorganisation gegenübergestanden mit dem Auftrage, dem Hause Vorschläge über die zur Sache zunächst zu thuenden Schritte zu machen. Zunächst spreche er von der politischen Seite der Sache, welche in dem Verhältniß der Landwehr zu dem stehenden Heer liege. Es sei ein alter deutscher Gebrauch, die Offiziersstellen mit den ständisch-politisch berechtigten Klassen zu besetzen. So sei es noch vor 100 Jahren gewesen, und in das später eingetretene Mißverhältniß habe die Heeresverfassung von 1814 und 1815 wieder eine Ausgleichung und Versöhnung gebracht. Diese Ausgleichung sei jetzt wieder in Frage gestellt; das sei der wichtigste Punkt in der gegenwärtigen Frage. Finanziell und politisch sei die Heeresverfassung mit einem Mal eine ganz andere geworden, und das Alles sei geschehen ohne die geringste gesetzliche Anordnung, ja sogar auch ohne eine Kabinetsordre, also sogar auch ohne diejenige Form, über welche selbst der Absolutismus sich niemals hinweggesetzt habe. Einen schlimmern Bruch mit den altpreußischen Traditionen könne man nicht denken. Zuletzt, als man nicht mehr weiter gekonnt, sei man zu der bekannten „Interpretation" geschritten, durch welche wiederum alles Recht umgeworfen. Das könne übrigens von Hrn. v. Bismarck, dem Diktator vom Pfluge, nicht Wunder nehmen; Hr. v. Bismarck kenne eben kein Recht. (Bewegung.) Diese Reorganisation sei ein Gewinn auf Kosten des Königthums gegen das preußische Volk; Keiner sitze in diesem Hause, der nicht davon durchdrungen sei, wie das Vertrauen der Nation zu Dem, was jedem Preußen bis jetzt das Höchste gewesen, Abbruch leiden müsse. (Langanhaltendes Bravo.) Dem Allem gegenüber habe die Kommission die Sache wieder zurückführen wollen auf den Boden der beschränkten Monarchie; ein einfacher Protest habe da nicht genügt; dies sei der Grund, darin liege die Nothwendigkeit der Kommissionsvorschläge. Habe die Kommission sich auf diese Vorschläge beschränkt und insbesondere kein Organisationsgesetz ausarbeiten wollen, so geschah dies aus guten Gründen; die hier vorliegende Schwierigkeit habe es der Kommission unmöglich gemacht, einen Punkt zu finden, von welchem aus sie die Verwaltung wirksam hätte fassen können. Redner vertheidigt die Kommissionsvorschläge dann näher. Die Kommission fordere die zweijährige Dienstzeit, und die Gründe, die sie dafür anführe, seien: daß sie während 20 Jahren, nachdem sich 9 kommandirende Generale für dieselbe ausgesprochen, unter 4 Kriegsministern und 2 Königen bestanden, und daß stets versichert worden sei, daß diese Armee allen Anforderungen der Wehrhaftigkeit entspreche. Sodann wolle die Kommission das alte Verhältniß der Landwehr wieder herstellen; dies sei die eigentlich politische Seite der Vorschläge; endlich werde eine vermehrte Rekrutenaushebung, wegen der vermehrten Population, im Interesse der allgemeinen Wehrpflicht geradezu geboten. Wie man dem Allem gegenüber sagen könne, daß die Kommissionsvorschläge Konzessionen an die Regierung beabsichtigten, Das begreife er nicht; es habe sich darum gehandelt, die Gesammtbeschwerden des Landes zusammenzufassen in einen einzigen Gesetzentwurf, mit andern Worten: die Rückkehr des Heeres auf die Verfassung zu fordern; da konzedire das Haus nicht, sondern es okkupire; es nehme den entscheidenden Rechtsboden. Die Armee sei kein Eigenthum des Königs (er scheue sich nicht, dies offen auszusprechen), sondern sie sei ein theures Fideikommiß des Landes, welches dieses Haus zu wahren habe. In Deutschland sei Preußen entfremdet, in Europa isolirt. Woher dies? Es werde das heute nicht erörtert, aber das Haus habe diese Lage bei dem zu fassenden Beschlusse in Betracht zu ziehen und zu zeigen, daß es in Fragen dieser Art eins sei. Es gehe seit einiger Zeit ein eigenthümlicher Geist durch Europa und man ahne unheilvolle Dinge. Wie Dem auch sei, ein zweites Jena werde ganz gewiß nicht kommen; denn der Unterschied zwischen 1806 und 1863 sei der, daß Preußen jetzt ein politisch herangebildetes und reifes Volk habe. (Bravo!) Für gewisse Personenen und Bestrebungen möge wohl ein zweites Jena kommen, nicht aber für das preußische Volk, dem, wenn es an seinem Rechte festhalte, das deutsche Volk zur Seite stehen werde. Möge das Haus also die Kommissionsvorschläge annehmen. (Redner verläßt unter lang anhaltendem Beifall die Rednerbühne.)

Abg. Schulze-Delitzsch: Nachdem der Kriegsminister nicht in der Kommission erschienen, hätte er erwartet, daß derselbe sich wenigstens heute bei dem Beginn der Verhandlungen über die Stellung der Staatsregierung zu den Kommissionsvorschlägen ausgesprochen hätte; die Debatte würde dadurch eine ganze bestimmte Basis erhalten haben. Vielleicht hätten er und seine Freunde, nachdem der Kriegsminister eine solche Erklärung abgegeben, für die Kommissionsvorschläge gestimmt, wie mancherlei Bedenken sie gegen dieselben auch hätten; nachdem die erwartete Erklärung jedoch ausgeblieben, bleibe ihm und seinen Freunden nichts übrig, als für die einfache Ablehnung zu stimmen und die Regulirung der Militärfrage auf sich beruhen zu lassen, bis ein liberales Ministerium am Ruder sei. Redner beantragt in diesem Sinne eine besondere Resolution, die er verliest, worauf er dann die Zweckmäßigkeit einer bloßen Resolution, im Gegensatz zu dem von der Kommission betretenen Wege, noch ausführlich darlegt. Sobald die Noth in das Ohr des Vaterlandes rufe, würden diese Minister weichen, das sei gewiß. (Bravo!) Hierauf Vertagung.

Der Ministerpräsident hat dem Präsidenten Grabow angezeigt, daß auf morgen Mittag eine unaufschiebbare Ministerberathung anberaumt sei, weßhalb er den Präsidenten bitte, auf morgen keine Sitzung anzuberaumen. Die Fortsetzung der heutigen Verhandlung wird daher erst übermorgen stattfinden.

Berlin, 7. Mai. Die „Kreuzzeitung" meldet: Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen wird sich, wie verlautet, in Folge einer ihm von dem Kaiser der Franzosen zugegangenen Einladung zum Besuch in das Lager von Chalons begeben. — Der Präsident der Regierung zu Danzig, v. Blumenthal, ist zum Präsidenten der Regierung zu Sigmaringen ernannt. — Dasselbe Blatt bestätigt, daß ein Brief des Königs von Württemberg an König Wilhelm eingelaufen sei (s. o.), indem es der Nachricht hinzufügt: Andererseits hören wir, daß der König an den König von Württemberg bei Gelegenheit seiner neulichen Rückkehr aus Italien ein Schreiben gerichtet, worin er ihm seine Freude ausgedrückt über die gute Wirkung, die der Aufenthalt im Süden auf die Gesundheit des greisen Königs ausgeübt. — Der Deputation der Städte Rathenow, Stendal und Angermünde, welche am 21. v. M. in Angelegenheiten der Berlin-Braunschweiger Eisenbahn bei dem Könige eine Audienz hatte, ist auf ihre Bitte um Konzessionirung der Bahn eine bedingt zustimmende Antwort ertheilt, an deren Schluß der König noch folgende Bemerkung anknüpfte:

Ich danke Ihnen für die mir bei dieser Gelegenheit von Ihnen gegebene Versicherung der Liebe und Treue. Es sind jetzt schlimme Zeiten, und dieselben werden nicht eher besser werden, als bis der Konflikt wird gehoben sein, welchen das Abgeordnetenhaus hervorgerufen hat. Wir kommen nicht eher zu einem gedeihlichen Fortschritte, den ich für das Wohl des Staates so sehr wünsche, als bis die Frage über die Armeereorganisation und die damit zusammenhängende Budgetfrage erledigt sein werden. Ich habe diese Angelegenheiten sehr wohl geprüft und weiß, daß ihre Durchführung zum Segen des Landes gereichen wird, und ich werde mich in derselben durch nichts beirren lassen. Man spricht öfters von einem Verfassungsbruche. Ein solcher Vorwurf enthält den eines Meineides; aber bei Gott, ich habe meinen Eid nicht gebrochen. Ich stehe fest und halte fest an Dem, was ich

1858 verheißen habe. Dies werde ich auch durchführen, aber erst, wenn Ruhe in die Gemüther zurückgekehrt ist. Meine Pflicht ist es, hierbei die verfassungsmäßigen Rechte der Krone nicht schmälern zu lassen. Ich freue mich, wenn aus dem Lande die Versicherung der Liebe und Treue mir dargebracht wird, und baue auf diese Treue. Dies theilen Sie Ihren Kommittenten mit und überbringen Sie denselben meinen Dank.

* **Berlin,** 8. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt: „Die „Kreuzzeitung" hat die Eventualität einer Auflösung (Schließung?) des Abgeordnetenhauses besprochen. Wenn der Gedanke daran überhaupt existirte, so ist derselbe jetzt der entgegengesetzten Ansicht gewichen." — Die Fortsetzung der gestern im Abgeordnetenhause begonnenen Militärdebatte ist bekanntlich auf Antrag des Staatsministeriums wegen einer auf heute anberaumten wichtigen Sitzung desselben auf morgen vertagt worden. Diese Sitzung wurde heute Mittag abgehalten. In derselben soll hauptsächlich über die Zustände und Vorgänge in der Provinz Posen verhandelt worden sein. Den Berathungen wohnte auch der Kronprinz bei. Man glaubt, daß binnen kurzem die Verhängung des Belagerungszustandes zu erwarten sei. — Se. Großh. Hoh. der Prinz Wilhelm von Baden, Kommandeur der Garde-Artilleriebrigade, ist von Karlsruhe hier eingetroffen. — Mehrseitig verlautet hier mit großer Bestimmtheit: das russische Kabinet habe in Kopenhagen gegen die Schritte Dänemarks vom 30. März ernste Vorstellungen erhoben. — Daß Preußen Schritte angebahnt habe, um wieder in ein besseres Verhältniß zu Oesterreich zu kommen, wird — wenigstens von Wien aus — von verschiedenen Seiten versichert. Wir lassen die Sache bis zu näherer Aufklärung dahingestellt, glauben aber das Gerücht selbst nicht unberücksichtigt lassen zu sollen.

* **Wien,** 7. Mai. Die „General-Korresp." hatte neulich gesagt, es liege in der Hand Preußens, „Oesterreich zu finden." Das genannte offiziöse Organ kommt heute auf diesen Satz zurück und bemerkt weiter Folgendes:

Wenn die Beweisführung für die Behauptung, daß der Boden, auf welchem Preußen Oesterreich zu finden wissen werde, nicht die polnische Frage sei, ganz und gar in der Luft schwebt, so nehmen wir doch die Schlußfolgerung an, wornach dieser Boden die handelspolitische Frage wäre. Nur daß Dies nicht Alles ist. Wohlweislich hat man vergessen, die Bundesreform-Frage hinzuzufügen. In der That hat Oesterreich in seiner Stellung als deutsche Bundesmacht, die hier allein in Betracht kommt, von Preußen keine Konzessionen in der polnischen Frage zu verlangen oder zu erwarten, denn diese Frage kann entweder nur als innere Angelegenheit Rußlands oder aber als europäische Frage aufgefaßt werden, in welch letzterer Beziehung es für Preußen, wie für Oesterreich darauf ankommt, den Standpunkt als Nachbarstaat Rußlands und als Theilungsmacht zu den Forderungen der großen politischen Interessen in irgend ein Verhältniß zu bringen. Kommen aber, wenn es sich um die Stellung Preußens zu Oesterreich handelt, nur die Beziehungen zu und in Deutschland in Betracht, wie auf Grund der deutschen Bundesverfassung gar nicht anders sein kann, so wird von der so wünschenswerthen näheren Einigung der beiden deutschen Großmächte nur auf dem Boden die Rede sein können, wo zwischen beiden die natürlichen Beziehungen liegen. Es kommt lediglich darauf an, diese Fäden aufzunehmen und zu benützen. Oesterreich hat dies wiederholt versucht, neuerdings mit seinen Propositionen vom 10. Juli v. J. und mit seinen Bestrebungen für die Bundesreform; Preußen hat diese Versuche theils abgelehnt, theils absichtlich ignorirt. Es ist daher gewiß nicht zu viel verlangt, wenn Oesterreich zunächst für jene Versuche und Bestrebungen eine Auffassung zu finden erwartet, die wenigstens nicht von dem im vorhinein feststehenden Beschluß der Ablehnung zeugt, um an den ernsten Willen Preußens, sich zu verständigen, zu glauben. Angesichts der noch nicht desavouirten Zirkulardepesche vom 24. Jan. d. J. ist dies wahrlich keine unbescheidene Forderung.

Italien.

* **Turin,** 8. Mai. Die Gesetzgebende Session wird am 15. geschlossen und am 21. Mai wieder eröffnet werden. In der Zwischenzeit wird der König Viktor Emanuel der Einweihung der Eisenbahn von Ancona nach Pescara beiwohnen. — Die Banditenbanden, welche die Provinz Teramo beunruhigten, sind zerstreut worden.

Frankreich.

* **Paris,** 8. Mai. Der „Moniteur" zeigt an, daß die HH. Drouyn de Lhuys; Divisionsgeneral Waldner de Freudstein; Reveil, Vizepräsident des Gesetzgeb. Körpers; Monier de la Sizeranne, Deputirter; Mocquard, kaiserl. Kabinetschef; de Mentque, ehemaliger Präfekt von Bordeaux, und Graf Germiny, Bankdirektor, zu Senatoren ernannt worden sind. Ferner enthält das amtliche Organ zwei Dekrete, durch deren erstes der Gesetzgeb. Körper wegen Erlöschens seines Mandats aufgelöst wird. Durch das zweite Dekret werden die Wahlen für die neuen Kammern ausgeschrieben und auf den 31. Mai und 1. Juni, für Korsika auf den 7. und 8. Juni anberaumt werden.

♁ **Paris,** 8. Mai. Der offiziöse „Constitutionnel" bringt heute einen Leitartikel über die russische Antwort. Hr. Limayrac gibt sich alle Mühe, um durch abgerissene Citate aus der russischen Depesche darzuthun, daß man allen Grund habe, mit dieser Antwort zufrieden zu sein. Dabei wendet sich das Blatt hin und her, um in zweideutigen Phrasen zu sagen, daß die französische Regierung eine Politik verfolgen werde, deren Zweck ist, „den Leiden eines heldenmüthigen und unglücklichen Volkes ein Ende zu machen", und gelangt endlich zu folgendem Schlusse: „Die erste Phase dieser großen Angelegenheit ist geschlossen; die zweite wird beginnen. . . Die Aufnahme der Bemerkungen der Kabinette von Seiten der russischen Regierung läßt uns hoffen, daß man unter einer, vielleicht noch nicht festgestellten diplomatischen Form dahin gelangen wird, die legitimen Interessen Polens, die innig vereint sind mit den Interessen der Zivilisation und des Friedens, zu wahren." — Noch Eines fällt im Constitutionnelartikel auf, die Worte nämlich: „Zur Fortsetzung der diplomatischen Aktion wird die loyale, vollständige Mitwirkung Oesterreichs ꝛc. nicht fehlen", — man weiß nämlich, daß das Wiener Kabinet sich weiteren Schritten in St. Petersburg nicht anzuschließen beabsichtigt. — Eine Broschüre von Eug. Pelletan über die Wahlen unter dem Titel: „Hilf Dir und der Himmel wird Dir helfen," wurde bei dem Drucker Claye mit Beschlag belegt. Aus Furcht vor gleichem Schicksal weigert sich Dentü, eine Broschüre des legitimistischen Publizisten Charles Garnier zu veröffentlichen. — Wie die „France" erfährt, wird das für das Baltische Meer und den Finnischen Meerbusen bestimmte russische Geschwader zwischen dem 20. und 25. Mai in See gehen; eine Division von 5 Kriegsfahrzeugen ging bereits nach dem Hafen von Riga ab. — 3proz. 69.50. Cred. Mob. 1430.

Belgien.

Brüssel, 6. Mai. (Fr. J.) Die Landtagssession wird am 15. Mai geschlossen werden. Vorher dürfte die Kammer wohl die verschiedenen Handelsverträge mit Italien, Spanien und Preußen, vielleicht auch mit Holland, sofern die Unterhandlungen noch frühzeitig genug zum Abschluß gelangen, und das öffentliche Bautenprojekt betreffs der Eisenbahn-Konzessionen votiren.

Dänemark.

Kopenhagen, 5. Mai. (Nat.-Ztg.) Das erste Stadium der Reichsrathsdebatte über die politische Lage ist, nachdem es zwei Sitzungen gedauert, heute vorüber. Die Gegner der Regierung werden aller Wahrscheinlichkeit nach in der Minorität bleiben. Durchaus regierungsfreundlich zeigte sich freilich außer den Ministern (Hall, Lehmann, Monrad) nur Tscherning in der von ihm vorgeschlagenen vertrauensseligen Adresse. Aber der Oberst und Ex-Kasinominister Tscherning ist kein Charakter, sondern ein Chamäleon; er hat sich jetzt zugleich von seinen früheren Anhängern, den „Bauernfreunden", gänzlich losgesagt und ist den früher von ihm vertheidigten Ansichten, daß nur eine Föderativmonarchie zum Heil für Dänemark gereichen könne, die einzelnen Theile also gleichberechtigt sein müssen, untreu geworden. Die Unterzeichner eines zweiten Adreßentwurfs, mit Prof. Clausen und dem Stadtvogt H. Hage an ihrer Spitze, sind zwar ebenfalls ministeriell, aber sie wollen, daß das Ministerium sich zu ihren eiderdänischen Projekten entschieden bekenne. Geradezu feindlich stehen der Regierung eigentlich nur Baron Blixen-Finecke, B. Christensen, J. A. Hansen und der Schleswiger Krüger von Bestoft gegenüber, die Holstein am liebsten ganz aufgeben, Schleswig vollständig inkorporiren und mit den beiden skandinavischen Reichen ein Schutz- und Trutzbündniß gegen Deutschland schließen möchten, — wenn diese nur wollten. Sie haben deßhalb im Reichsrathe darauf angetragen, daß das Urtheil desselben über die gegenwärtige politische Situation in einer dahin zielenden Adresse an den König niedergelegt werde.

Rußland und Polen.

Warschau, 5. Mai. (Nat.-Ztg.) Der am Sonnabend ermordete Schriftsteller Miniszewski ist gestern in aller Frühe und Stille zur Erde bestattet worden. Sein Gefolge bestand aus seiner Schwester, drei fungirenden Geistlichen, und einigen Polizeisoldaten. Vor längerer Zeit bereits soll er eine Verwarnung vom Zentralkomitee erhalten haben, mit der er sofort zu Wielopolski eilte. Dieser beruhigte Miniszewski mit den Worten: Es ist lächerlich! Als jedoch der Marquis die Nachricht von seiner Ermordung erhielt, rief er erschüttert aus: „Das ist schlimm!" Der Großfürst hat der Wittwe des Ermordeten, der in der That der Regierung zum Opfer gefallen ist, 1000 Rubel unter dem Titel „Beerdigungskosten" und 1000 Rubel jährlich als Wittwengehalt zuerkannt. Bei dem Ermordeten fand sich das Todesurtheil des Nationalkomitee's in aller Form motivirt und sogar mit Erwähnung der Appellation, die im Namen des Inkulpaten an die höhere Instanz gerichtet gewesen wäre. Dies Alles erzählt man sich mit großer Umständlichkeit und fügt noch hinzu, daß seine Todsünde nicht in seinen revolutions- und volksfeindlichen, höhnischen Artikeln zu suchen sei, sondern in dem Umstande, daß er als Mitglied einer besonders dazu eingesetzten Kommission die Entdeckung des Zentralkomitee's sich zur Aufgabe gemacht.

Krakau, 7. Mai. Gestern Abend wurden 138 bei Ploki und Czyzowka versprengte Insurgenten, worunter sich viele Fremde befinden, eingebracht. 30 Insurgenten befinden sich noch an der österreichischen Grenze unter militärischer Aufsicht. Sie gehören zur Abtheilung Miniewski's und Nullo's; Letzterer soll gefallen, die Abtheilung am 5. geschlagen und versprengt worden sein.

Am 6. sollen Insurgenten unter Mieroslawski bei Olkusz gekämpft haben; das Resultat ist unbekannt.

Wie aus Modlnica gemeldet wird, stehen seit 7 Uhr Morgens gegen 400 Insurgenten an der polnischen Grenze zwischen Szyce und Wielkawicz; die in Szyce stationirte russische Kavallerie ist nahe den österreichischen Zollschranken postirt.

Krakau, 7. Mai, 10 Uhr Abends. (Presse.) Gestern wurde das Korps Jezioranski's bei Topily knapp an der österreichischen Grenze von 3500 Russen angegriffen. Der Kampf dauerte von 9 Uhr Morgens bis 1 Uhr Nachmittags. Die Polen hatten 32 Todte und 54 Verwundete, die Russen verloren an Todten und Verwundeten 400 Mann. Die Polen behaupteten den Kampfplatz; die Russen zogen sich nach Tomaszow zurück. Zwölf finnländische Jäger sind auf österreichischem Boden gefallen und wurden von den Oesterreichern begraben. Der Sohn des Generals Waligorski befindet sich unter den Todten.

Krakau, 8. Mai. (W. T.-B.) Gestern fanden bei Spiece und Wielkawie Gefechte statt. 500 Insurgenten unter Szymanowicz wurden geschlagen und zersprengt. 141 Insurgenten, 5 Waffenwägen und 17 Pferde sind nach Krakau gebracht worden. Auch Miniewski ist am 5. Mai geschlagen worden.

Großbritannien.

London, 8. Mai. (W. T.-B.) In der heutigen Oberhaussitzung überreicht Earl Shaftesbury die Citypetition für Polen. Er verurtheilte auf's schärfste Preußens Politik und erklärte, das preußische Volk verwirke die Anrechte freier Nationen, wofern es die Konvention länger dulde. Die englische Regierung solle der russischen erklären, sie wünsche nicht Losreißung Polens, dagegen dessen gerechte Verwaltung. Russell erwiedert: England könne vorerst nur freundliche Vorstellungen machen; Polens gerechte Erwartungen seien trotz des Kaisers Humanität bisher getäuscht worden. Vertrauen sei den Polen nach so vielen Rechtsverletzungen nicht zuzumuthen. England beantrage die Verfassung von 1815 mit einer durch die Polen gewählten Repräsentation. Die Verwaltungsstellen seien nur Eingebornen zu übertragen. Polens Trennung, die von anderer Seite befürwortet wurde, müsse England gegenüber Rußlands, Preußens und Oesterreichs Widerspruch für fast unausführbar halten. Einen Krieg dafür würde England nur auf's äußerste gedrängt unternehmen. England befürworte daher nicht die Trennung Polens, sondern wolle gemeinsam mit den übrigen Mächten besonnene Politik fortführen.

London, 8. Mai. Unterhaus. In der gestrigen Sitzung kündigte Hennessy unter lebhaftem Beifall an, er werde demnächst eine Adresse an die Krone in Betreff Polens beantragen.

„Daily News" bringt einen scharfen Leitartikel über Preußen. Das Abgeordnetenhaus, sagt das Blatt, lasse sich allzu viel Erniedrigungen vom Ministerium gefallen. Preußen verzichte auf seine Stellung als Großmacht und verwirke seine Zukunft.

China.

* **Shanghai,** 25. März. Die chinesischen Rebellen, welche Tientein bedrohten, sind von den kaiserlichen Truppen zurückgeworfen worden. Die Rebellen haben Shasching verlassen, um sich nach Anzchow zurückzuziehen.

Baden.

= Aus dem Mittelrheinkreis, 9. Mai. Am 7. d. M. versammelte sich (wie schon erwähnt) auf ergangene Einladung von Seiten des provisorischen Ausschusses eine Anzahl von etwa 40—50 Männern aus allen Theilen unseres Vaterlandes in dem kleinen Museumssaale zu Karlsruhe. Der Zweck der Versammlung und Besprechung war die Gründung eines Vereins für eine eingehende Bearbeitung unseres engern Vaterlandes in geschichtlicher, naturhistorischer und statistischer Beziehung.

Durch vorhergegangene Besprechungen in öffentlichen Blättern vorbereitet, machten sich auch hier von Anfang an zwei auseinandergehende Ansichten geltend, die eine für Orts-, die andere für Amtsbeschreibungen, jedoch keine derselben so, daß etwa die Möglichkeit gegentheiliger Beschreibungen ausgeschlossen sein sollte.

Nach längerer Berathung entschied sich die große Mehrheit für Ortsbeschreibung vorzugsweise, nebst monographischer Bearbeitung einzelner, die Geschichte, Kultur, Statistik und natürliche Beschaffenheit des Landes und seiner Bewohner betreffenden Gebiete, Alles als Grundlage künftiger zusammenfassender Darstellung, sei es nach Amtsgrenzen, sei es nach geschichtlich gegebenen Gauen und Landschaften. Als Organ für die Veröffentlichung der Arbeiten wurde die schon bisher bestehende Zeitschrift „Badenia" gewählt, welche in Folge dessen in regelmäßigen vierteljährigen Heften erscheinen wird. Schließlich wurde ein kurzer Statutenentwurf aufgestellt, in welchem bestimmt ist, daß der jährliche Beitrag aller Mitglieder auf 1 fl. festzusetzen sei. Der zur Leitung der Angelegenheiten des Vereins für die nächsten zwei Jahre gewählte Ausschuß besteht aus 11 Männern, nämlich: Archivrath Bader in Karlsruhe, Geh. Hofrath Beck in Heidelberg, Frhrn. v. Berlichingen in Mannheim, Dr. Bissing in Heidelberg, Geh. Referendär Dr. Dietz in Karlsruhe, Professor Fecht in Durlach, Professor Fickler in Mannheim, Dekan Heidt in Lautenbach, Dr. Marmor in Konstanz, Hofmarschall v. Schreckenstein in Donaueschingen, Pfarrer Wirth in Haßmersheim.

Es steht nun zu hoffen, daß nicht allein diese Männer ohne Ausnahme sich der ihnen gewordenen Aufgabe gern und thatkräftig unterziehen, sondern daß die Sache, über deren Bedeutung und Zweckmäßigkeit unter gebildeten, vaterländisch gesinnten Männern wohl kein Zweifel bestehen kann, auch eine weitere, umfassende, förderliche Theilnahme und Unterstützung im Vaterland finde.

Vor Allem aber ist dem Vorurtheil zu begegnen, als ob die Theilnahme an dem Verein nur solche der Gelehrten, der Sachkundigen, der schriftstellerisch Mitarbeitenden sei. Nein, derselbe kann nur gedeihen und die gehofften Früchte tragen, wenn Männer aus allen Gegenden des Landes, aus allen Ständen und Berufsarten sich in irgend einer Weise helfend anschließen, sei es durch einfache Zeichnung des jährlichen Beitrages, sei es durch Einsendung von einschlägigen Mittheilungen aus engern oder weitern Gebieten, aus Privat- und öffentlichen Archiven und Chroniken, aus dem Volks- und Sagenleben, aus den Gebieten der Industrie und Bodenkunde, kurz aus all den Quellen, aus deren Zusammenfluß eine gründliche Darstellung früherer und jetziger Zustände von Dörfern, Pfarreien, Städten, Herrschaften, Gauen und Landschaften allein möglich ist.

Hoffen wir daher, daß die einzelnen Bezirke unseres schönen Vaterlandes wetteifernd der guten Sache des Vereins sich thätig anschließen werden, und daß aus dem gemeinsamen Zusammenwirken Aller auch ein Werk erwachse, Allen zu Ehr' und Frommen!

§* Pforzheim, 8. Mai. Die Hauptgegenstände der gestern stattgehabten Monatsversammlung der hiesigen Nationalvereins-Mitglieder bildeten die neue Verwaltungsorganisation und die schleswig-holsteinische Angelegenheit. Ueber den erstern Gegenstand hielt Hr. Rechtsanwalt Dr. Grimm einen längern Vortrag, worauf sich die Versammlung zu einer Resolution einigte, deren wesentlicher Inhalt dahin geht, „daß die Mitbetheiligung des Bürgers an der Verwaltung seiner Interessen als Bedürfniß gefühlt und Opfer hiefür gerne gebracht werden, daß man darum das neue Gesetz mit Freuden begrüße, daß aber nur ein freisinniges Wahlsystem und namentlich volle Mündlichkeit und Oeffentlichkeit im Verfahren, sowie die ausgesprochene Unabhängigkeit der Mitglieder des einzuführenden Rekursgerichtes die erwarteten guten Früchte bringen können und daß die Versammlung glaube, daß das Institut der Landeskommissäre als zuträglich sich nicht bewähren werde.

In der Schleswig-Holstein-Angelegenheit brachte der Vorsitzende, Hr. Rohreck, die kürzlich von den Karlsruher Nationalvereins-Mitgliedern hierwegen gepflogenen Verhandlungen zur Sprache.

Eine Resolution wurde nicht gefaßt, sondern auf Antrag des Hrn. E. Bühler beschlossen, daß hinsichtlich dieser Sache, die bereits so weit gediehen, daß sie einem jeden patriotischen Deutschen die Schamröthe in's Angesicht treibt, die ganze Einwohnerschaft eingeladen werde, um sich darüber auszusprechen.

☾ Aus dem Murgthal, 8. Mai. Schon beim Beginn der Korrektion der Murgthalstraße zwischen Weißenbach und Schönmünzach, an welcher dieser Tage wieder eine Strecke vollendet wurde, tauchten Wünsche auf, unser durch mannichfache Industrie, namentlich durch den Holzhandel, belebtes Thal mit einer Eisenbahn zu versehen. Die Wünsche steigerten sich in Folge der im Nachbarlande emsig betriebenen Bestrebungen für Eisenbahnen im Enz- und Nagoldthale, welche theilweise für das Murgthal Konkurrenz schaffen würden. Es begannen deßhalb vor drei Monaten in Gernsbach die Einleitungen zur Verwirklichung jener Wünsche, indem in einer allgemeinen Versammlung von Eisenbahnfreunden beschlossen wurde, vorerst eine Bahn von Rastatt nach Gernsbach anzustreben, deren Bau und Betrieb durch eine Aktiengesellschaft erfolgen sollte. Man wählte ein Komitee, bestehend aus dem Bürgermeister und fünf Bürgern von Gernsbach, worunter drei Mitglieder der Murgschifferschaft, und setzte sofort die Zeichnung von freiwilligen Beiträgen — oder Gründungsaktien — zur Bestreitung von Vorarbeiten ins Werk, welche auch in Rastatt und den übrigen Orten des Murgthals angeregt worden ist.

Das Komitee erbat von der Regierung die Erlaubniß zu Vermessungen, engagirte als Ingenieur den Professor Baumeister von der Polytechnischen Schule in Karlsruhe, und beauftragte denselben nicht nur zu generellen Vorstudien, sondern — soweit die Mittel reichen — auch sogleich zur Ausarbeitung eines detaillirten Projekts, und zur Aufstellung einer Rentabilitätsberechnung. Es muß als zweckmäßig hervorgehoben werden, daß für solche Unternehmungen schon die Vorarbeiten so weit ausgedehnt werden, um mit überzeugender Sicherheit den Nachweis zu liefern, daß und welcher Gewinn zu erwarten, oder — daß wegen pekuniären Nachtheils davon abzustehen ist. Hoffen wir für das Murgthal das Erstere; denn es ist nicht nur für die selbstthätigen Anstrengungen seiner Bewohner, sondern auch für das Interesse des ganzen untern Schwarzwaldes zu wünschen, daß es hier gelinge, für den alten Weg des Holzhandels auch die moderne Form zu schaffen, und dadurch dieses Geschäft unserm Thale, unserm Lande zu erhalten. Die weitere Fortsetzung der Bahn von Gernsbach thalaufwärts würde dann als nächstes Ziel ins Auge zu fassen sein, und das Werk krönen.

Nach vollendeter Ausarbeitung des Projekts, zu welchem gegenwärtig hier die Situationspläne aufgenommen werden, hoffen wir die Grundzüge desselben mittheilen zu können, da es sich um das erste Beispiel des in unserm Lande neuen Instituts der Vizinal-Eisenbahnen handelt, welches vielleicht an andern Orten Nachahmung verdienen wird.

Ueberlingen, im Mai. (Sch. M.) Für die Sommersaison sehen wir hier einer starken Fremdenfrequenz entgegen. Die Verschönerung der Stadt, die Quai- und Hafenbauten, das Hauptzollamts-Gebäude u. s. w. nehmen den besten Fortgang. Ganz besonders werden unsere Gäste über den bedeutend vergrößerten und verschönerten Badegarten überrascht sein. — Den Freunden von Kunst und Alterthum zur Nachricht, daß die Restauration unseres berühmten Rathhaussaales mit seinem unerreichten Holzschnitzwerke fortschreitet, und daß der Prachtbau der Münsterkirche ebenfalls verschiedenen Reparaturen unterworfen wird. Leider konnte bis jetzt noch immer kein eigentlicher Münsterbaufond in's Leben gerufen werden, so sehr wünschenswerth eine durchgreifende, umfassende Restauration dieses schönen Denkmals gothischer Baukunst wäre.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 9. Mai. 87. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey; Ministerialrath v. Dusch.

Nach Eröffnung der Sitzung erhält zunächst der Abg. Eckhard das Wort. Derselbe kündigt eine Anfrage an den Präsidenten des Handelsministeriums bezüglich der Kinzigthal-Eisenbahn an.

Die Tagesordnung führt zur Fortsetzung der Berathung des vom Abg. Kirsner erstatteten Berichts über die Organisation der innern Verwaltung.

Berichterstatter Kirsner berichtet zunächst über die zur Redaktion an die Kommission zurückgewiesenen Bestimmungen.

Diese werden in folgender, von der Kommission beantragten Fassung ohne Diskussion genehmigt:

Der Eingang des §. 4 soll lauten:

„Der Amtsrath entscheidet die Streitigkeiten des öffentlichen Rechtes ohne Unterschied, ob Einzelne, Körperschaften oder der Staat dabei betheiligt sind ꝛc."

§. 4a soll als §. 10b eingereiht werden und ihm folgende Bestimmung als §. 10a vorhergehen:

„Betrifft der Gegenstand der Verhandlung einzelne Mitglieder des Amtsrathes oder dessen Verwandte und Verschwägerte in auf- oder absteigender Linie oder bis zum dritten Grad der Seitenlinie, so dürfen dieselben an der Berathung oder Entscheidung keinen Antheil nehmen.

Ebensowenig dürfen die Mitglieder des Amtsraths hinsichtlich derjenigen Gegenstände, in welchen sie in anderer Eigenschaft ein Gutachten gegeben oder als Geschäftsführer, Beauftragte oder in sonstiger Weise mitgewirkt haben, bei der Berathung oder Entscheidung sich betheiligen.

Wird dadurch der Amtsrath beschlußunfähig, so tritt der Amtsrath des nächstgelegenen Amtssitzes an seine Stelle."

§. 8 wird als Zusatz mit §. 5 verbunden: „Durch Regierungsverordnung können dem Amtsrath noch weitere Gegenstände zur Beschlußfassung überwiesen werden."

In §. 13 werden Ziffer 6 und 7 zusammengezogen in:

„6) Ueber den Ersatz der Kosten in den Fällen der §§. 29 und 29a des Polizei-Strafgesetzbuchs (nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer)."

In §. 27 soll der 3. Absatz lauten: Die Ausschließungsgründe, welche nach der Gemeindeordnung für die Wählbarkeit in den großen Bürgerausschuß bei den Gemeindebürgern gelten, sind auch hier maßgebend.

Ebenso sind Diejenigen ausgeschlossen, welche zu der Klasse von Gewerbsgehilfen, Bedienten und Gesinde gehören."

Ebenso soll der Absatz 2 des §. 29 lauten.

Gegenüber dem weitern Antrag der Kommission, die ausdrückliche Erwähnung: „welche das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben", als in der Bestimmung des Paragraphen schon inbegriffen, wegzulassen, wird ein Antrag auf Beibehaltung dieser Worte mit großer Mehrheit angenommen.

Es wird hierauf die gestern abgebrochene Berathung fortgesetzt.

V. Von den Kreisverbänden und den Bezirksverbänden.

§. 21: „Das Großherzogthum wird auf Grundlage gemeinsamer Interessen (§. 1) in Kreisverbände eingetheilt, deren jeder mehrere Amtsbezirke umfassen soll.

Die Bestimmung darüber, welche Amtsbezirke in einen Kreis zusammengefaßt werden sollen, bleibt der Regierungsverordnung vorbehalten.

Die durch Verordnung endgiltig festgesetzten Kreisverbände können gegen den Willen der betheiligten Kreise und Gemeinden nur im Wege der Gesetzgebung geändert werden."

wird nach kurzer Besprechung zwischen den Abgg. Heidenreich, Walli, Knies, Herth, Staatsrath Lamey, und den Abgg. Kusel und Hoffmeister nach dem Kommissionsantrag genehmigt, nachdem ein Antrag auf Strich der Worte „auf Grundlage gemeinsamer Interessen" abgelehnt war.

Die §§. 22 bis 47, deren Wortlaut wir früher schon mitgetheilt haben, werden ohne weitere Diskussion nach den Kommissionsanträgen angenommen, indem nur bei einzelnen Paragraphen einzelne kurze, meist auf die Fassung bezügliche Bemerkungen gemacht werden und bei §. 34, Ziff. 3 auf den Antrag des Abg. Schaaff eine kleine Redaktionsänderung vorgenommen wird.

Der unter V. Schlußbestimmungen enthaltene §. 48: „Die Kreisregierungen sind aufgehoben" wird nach kurzer Diskussion zwischen den Abg. Kusel, Prestinari, Artaria, Eckhard, Häusser, Schaaff und dem Berichterstatter Kirsner auf den Antrag des Abg. Eckhard gestrichen, weil die Bestimmung als selbstverständlich überflüssig ist.

Die drei noch übrigen Paragraphen werden ohne Diskussion nach den schon mitgetheilten Kommissionsanträgen genehmigt.

Bei der hierauf folgenden namentlichen Abstimmung wird das ganze Gesetz einstimmig genehmigt.

Auf eine nachträgliche Bemerkung des Präsidenten des Ministeriums des Innern, Staatsrath Lamey, bezüglich der erstmaligen provisorischen Bildung des Amtsraths bei Einführung des Gesetzes tritt die Kommission alsbald nochmals mit den großh. Regierungskommissären zur Berathung der bezüglichen Bestimmung zusammen.

Nach Wiedereröffnung der auf eine halbe Stunde unterbrochenen Sitzung beantragt Berichterstatter Kirsner Namens der Kommission folgende Bestimmung in den §. 48b aufzunehmen:

„So lange bis die Kreisversammlung gebildet ist und auf deren Vorschlag die Amtsräthe ernannt sind, werden die Befugnisse des Amtsraths von dem Bezirksbeamten ausgeübt."

Abg. Fauler stellt, vielfach unterstützt, folgenden Verbesserungsantrag:

„So lange bis die Kreisversammlung gebildet ist und auf deren Vorschlag die Amtsräthe ernannt sind, werden dieselben aus einer von der Versammlung sämmtlicher Bürgermeister des Amtsbezirks unter Vorsitz des Bezirksbeamten aufgestellten Wahlliste ernannt."

Die Kammer tritt diesem Antrag ohne weitere Diskussion mit großer Majorität bei.

Berichterstatter Kirsner macht schließlich den Vorschlag, den Paragraphen des Gesetzes nach Art des Polizei-Strafgesetzbuchs zum bessern Verständniß des Publikums eine kurze Inhaltsanzeige zuzusetzen, womit die Kammer sich einverstanden erklärt.

Der Präsident theilt noch mit, daß als Ergänzung der Zollkommission von den Abtheilungen die Abgg. Kusel, Herth und Faller gewählt worden seien, und schließt sodann die Sitzung.

†† Karlsruhe, 9. Mai. Die in der 83. und 84. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer angezeigten Petitionen sind folgende:

1) Bitte des Jakob Bauer II. von Heidelberg um Bewilligung des Zapfrechts für selbsterzeugte Weine.

2) Bitten gleichen Betreffs der Weinproduzenten von Tauberbischofsheim, Dossenheim, Heinsheim, Handschuchsheim, Rohrbach, Leimen, Weingarten; eingekommen bei'm Sekretariat.

3) Gleiche Bitten der Gemeinde Freudenberg, übergeben vom Abg. Walli; und der Weinproduzenten von Durlach, übergeben vom Abg. Wahrer.

4) Bitte der Fabrikanten und Industriellen von Waghäusel, Mannheim, Freiburg, Karlsruhe, Ettlingen, die Konzessionirung weiterer Feuerversicherungs-Gesellschaften betr.; übergeben vom Abg. Moll.

5) Bitte der Gemeinde Oberacker um Abänderung des §. 5, insbesondere Pos. 4, Lit. e des Gesetzes vom 5. November 1833 (Pfarrzehnt-Ablösungskapitalien); übergeben vom Abg. Paravicini.

6) Bitte der Gemeinderäthe von Amoltern und Sasbach im Anschluß an die Bitte der Stadt Endingen um Verleihung eines Amtssitzes; eingekommen beim Sekretariat.

7) Bitte der Gemeinden Wilfingen, Niedermühle, Vogelbach, Happingen, Hierbach, Immeneich und Wolpadingen, um Revision des Gesetzes, die Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1831 über die Rechte der Gemeindebürger bezüglich der Beschränkung des Rechts zur Verehelichung betr.; eingekommen beim Sekretariat.

8) Bitte einer Anzahl Bürger von Ueberlingen, die Verhältnisse der Herzogthümer Schleswig und Holstein betreffend; übergeben vom Abg. Häusser.

Vermischte Nachrichten.

— Aus Bayern, 6. Mai. Das Ministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten hat das Gesuch, die Lehrerversammlung in Mannheim, welche nach Pfingsten stattfindet, besuchen zu dürfen, genehmigt; jedoch müssen die Lehrer die Genehmigung der Lokal-Schulkommission einholen, da diese zu ermessen hat, ob durch die längere Abwesenheit des Lehrers der Dienst desselben in der Schule und Kirche nicht beeinträchtigt werde.

— Mainz, 1. Mai. (M. Z.) In der gestrigen Gemeinderaths-Sitzung wurde ein Schreiben des französischen Gesandten in Darmstadt, Grafen Reiset, an den Stadtbibliothekar in französischer Sprache verlesen. Dasselbe übermittelt der hiesigen Stadtbibliothek Namens der französischen Regierung mehrere werthvolle Werke, und sagt andere für den Fall zu, daß die hiesige Bibliothek dieselben noch nicht besitze. Beschlossen wird, daß der Stadtbibliothekar ein in deutscher Sprache abzufassendes Dankschreiben an den Gesandten richten soll.

— Hannover, 7. Mai. Die schleswig-holsteinische Frage ist eine Angelegenheit, worin alle Parteien in Deutschland einig sind. Wie anderwärts der Nationalverein, so hat sie hier auch der großdeutsche Reformverein bereits in den Kreis seiner Berathung gezogen und in einer gestern Abend stattgehabten Versammlung folgenden, von Dr. Bärens gestellten und Schatzrath v. Rössing erläuterten und empfohlenen Antrag einstimmig angenommen:

„1) Der großdeutsche Verein erkennt in dem Vorgehen Dänemarks, welches eine völlige Trennung Schleswigs von Holstein herbeiführen und ersteres zu einer dänischen Provinz machen will, eine wesentliche Beeinträchtigung der Rechte Deutschlands;

2) der großdeutsche Verein spricht die Erwartung aus, daß alle deutschen Regierungen und insbesondere auch die hannover'sche Regierung diesem Vorgehen energisch entgegentreten werden, anerkennt mit Dank die Schritte, welche zu diesem Zweck bereits geschehen sind, und wird aus voller Ueberzeugung die Bestrebungen unterstützen, welche die von Dänemark gefährdeten deutschen Rechte in Schleswig-Holstein zu schützen geeignet sind;

3) der großdeutsche Verein findet in dem Versuche Dänemarks, sich seinen Pflichten gegen Deutschland zu entziehen, eine erneuerte Veranlassung, auf die Nothwendigkeit einer Bundesreform hinzuweisen, welche insbesondere die Herstellung einer auf die Kriegsverfassung des Deutschen Bundes gestützten einheitlichern und schlagfertigern Militärorganisation der Bundesstreitkräfte ins Auge fassen wird. Er ist der Ueberzeugung, daß als nothwendige Grundbedingung zu einer solchen Organisation die Streitkräfte der deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu einem selbständig und einheitlich bewegbaren (!) Armeekörper zusammengefaßt werden müssen, und wird allen in dieser Richtung vorgehenden Maßnahmen deutscher Regierungen seine ganze Theilnahme widmen."

— Bern, 5. Mai. Der Herzog von Aumale hat Ende vergangener Woche der Offiziersaspiranten-Schule in St. Gallen einen Besuch abgestattet und ist gestern bei dem Bundesrath um die Erlaubniß eingekommen, daß sein Sohn, der Prinz von Condé, welcher seither der Leitung des eidgenössischen Obersten Aubert in Lausanne anvertraut war, an den Unterrichtskursen der genannten Schule Theil nehme. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der Bundesrath dem Verlangen des Herzogs von Aumale entsprechen wird.

Nachschrift.

Telegramme.

△ **Kassel**, 9. Mai. Ständeversammlung. Es wurde der Gesetzentwurf über die Bildung des Staatsgerichtshofs vorgelegt, sowie ein Ministerialbeschluß, welcher das Begehren der Stände, die Gehaltsentschädigung der entlassenen verfassungstreuen Zivil- und Militärdiener, ablehnt. Der Antrag auf Gewerbefreiheit wird einstimmig angenommen.

† **Berlin**, 9. Mai. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Der Justizminister bringt einen Antrag des Posener Staatsanwalts ein, auf Ertheilung der Erlaubniß zur gerichtlichen Verfolgung der Abgg. Graf Dzialynski und Guttry wegen Hochverrathsversuchs. Der Antrag wird an den Justizausschuß verwiesen.

Man geht zur Tagesordnung über: Fortsetzung der Militärdebatte. Es sprechen die Abgg. Twesten, v. Unruh, Baerst, Frese und Rohde. Der Kriegsminister v. Roon spricht ausführlich gegen den Theil des Kommissionsberichts, der gegen den Regierungsentwurf gerichtet ist, und vertheidigt nachdrücklichst die Heeresreorganisation, welche gleichbedeutend sei mit der dauernden Sicherstellung der militärischen Schlagfertigkeit des Landes: „eine heiligere Sache gebe es nicht; die Regierung könne in die Forderung einer Reduktion nicht einwilligen." Es macht dies auf die Abgeordneten den Eindruck der Abweisung einer Vermittlung. Die 2jährige Dienstzeit ließ der Kriegsminister unberührt.

†† **Krakau**, 9. Mai. Flüchtige Insurgenten erzählen, das 1900 Mann starke Korps Czachowski's sei am 5. d. unweit Ozaroff geschlagen und zersprengt worden.

△△ **London**, 9. Mai. Unterhaus. Hennessey, Bentinck, Cochrane, Maguire und Disraeli machen für die süditalienischen Uebelstände theilweise das brittische Kabinet verantwortlich. Palmerston erwiedert, dieselben seien eine Erbschaft von den Bourbonen her; die Turiner Regierung habe binnen zwei Jahren Bedeutendes geleistet. Daß Neapel noch eine Ausnahme mache, sei die Schuld Roms, das Räuberbanden hinschicke.

†* **New-York**, 29. Apr. Ein Theil der Potomac-Armee hat den Rapahannoc überschritten. Die Secessionisten sind nach Westvirginien und Maryland gedrungen und haben Morgantown (Virginien) genommen. Banks schlug die Secessionisten in drei Gefechten und nahm ihnen 1500 Gefangene ab. Der Dampfer „Anglo-Saxon" ist gescheitert; 237 Personen sind dabei umgekommen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 10. Mai. 2. Quartal. 61. Abonnementsvorstellung. **Lohengrin;** Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

Dienstag 12. Mai. 2. Quartal. 62. Abonnementsvorstellung. **Alessandro Stradella;** Oper in 3 Akten, von Flotow. — „Leonore": Frln. Eiswald vom königl. Hoftheater zu Stuttgart.

Theater in Baden.

Mittwoch 13. Mai. **Die Hagestolzen;** Schauspiel in 3 Akten, von Iffland. Hierauf: **Der Zigeuner;** Charakterbild in 1 Akt, von Berla; Musik von Conradi.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.v.999. Schriesheim. Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, den lieben Gatten, Vater und Großvater,

Karl Wilhelm Brecht,

pensionirten Pfarrer zu Schriesheim, am 5. Mai, Nachts 9 Uhr, in dem Alter von 85 Jahren zu einem bessern Leben abzurufen.

Die trauernde Familie.

Z.v.997. Heidelberg. Verwandten und Freunden geben wir hiemit die Trauerkunde, daß unsere verehrte Tante,

Freiin Barbara von Weiler,

in Koblenz am 4. Mai d. J., im Alter von 79 Jahren, sanft und gottergeben verschieden ist.

Heidelberg, den 7. Mai 1863.

Freiherr Wilhelm von Weiler, großh. bad. Oberingenieur und Kammerherr.
Dr. Theodor von Dusch, großh. Universitätsprofessor.

Z.v.665. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Den telegraphischen Korrespondenzverkehr mit **Italien** im Transit durch die **Schweiz** betr.

Mit höherer Genehmigung wird vom 1. April d. J. an die Gebühr für eine einfache telegraphische Depesche (1 — 20 Worte) von sämmtlichen badischen Telegraphen-Stationen nach Italien und den rückwärts liegenden Ländern, und umgekehrt, im Transit durch die Schweiz, auf den Betrag von 42 Kreuzern bis zur badisch-schweizerischen Grenze herabgesetzt.

Karlsruhe, den 22. April 1863.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
Zimmer.
Schneider.

Bad-Eröffnung.

Das Kiefernadelbad Gernsbach im Murgthale wird am 15. Mai eröffnet.

Diese allen Anforderungen der Neuzeit entsprechende Badeanstalt besitzt die dem Gebrauch von Kiefernadelbädern entsprechenden Badekabinette, Douche-, Dampf- und kalte Bäder, nebst Inhalationssaal. Täglich table d'hôte und Diners à part.

Z.v.643. **J. Pfeiffer,** Badwirth.

Z.v.993. Lahr.

Lehrlingsgesuch.

In eine Spezerei-, Glas-, Porzellan- und Gußwaarenhandlung wird ein junger Mann unter günstigen Bedingungen in die Lehre gesucht. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Z.v.995. Lenzkirch, Schwarzwald.

Arbeiter-Gesuch.

Ein tüchtiger Arbeiter, der in der Walk und im Zurichten bewandert ist, findet bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung bei

Fz. Jos. Gäng, Hutmacher in **Lenzkirch,** Schwarzwald.

Z.r.11. Heidelberg.

Ladenmädchen-Gesuch.

Ein im Kurzwaarenfach erfahrenes Mädchen von angenehmem Aeußern, wo möglich der englischen Sprache mächtig, wird unter günstigen Bedingungen sogleich zu engagiren gesucht.

Franko Offerten beliebe man an **Bär & Liebbold** in Heidelberg zu richten

---

Z.r.1. Karlsruhe.

Einmach-Töpfe

mit Jenning's luftdichtem Verschluß von 1/4 Pfd., 1/2 Pfd., 1 Pfd. bis 8 Pfd. Inhalt, sind wieder eingetroffen zu sehr billigen Preisen.

Größere Aufträge auf den Spätsommer erbitten uns schon jetzt.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Karlsruhe. **A. Winter & Sohn.**

Z.v.942. Mannheim.

Knochenmehl

in verschiedenen Sorten empfehlen zu billigst möglichen Preisen

G. Köhler & Koch in **Mannheim.**

Z.v.998. Mühlburg bei Karlsruhe.

Ruhrer Steinkohlen

in **vorzüglicher Qualität** erlasse ich ab Schiff in Maxau bis zum 16. d. M. zu billigen Preisen.

Ed. Schlatter.

Z.r.5. Karlsruhe.

Thee

in vorzüglichen Sorten bei

A. Winter & Sohn.

Z.v.853. **Herrenalb.**

Sommerwohnungen

auf dem hübsch gelegenen Maienberg hat im Auftrag des Eigenthümers zu vermiethen

Schultheiß **Beutter.**

Z.v.934. Mannheim.

Guano

aus den Anfuhren der **Peruanischen Regierung,** unter Garantie der Echtheit, billigst bei

G. Köhler & Koch in **Mannheim.**

Z.v.988. Nr. 2121. Lörrach.

Wiesenthalbahn-Gesellschaft.

Die Herren Aktionäre werden auf

Dienstag den 19. Mai, Nachmittags 3 Uhr,

in den Gasthof zum Hirsch in Lörrach zu der IV. ordentlichen **General-Versammlung** ergebenst eingeladen.

Tagesordnung: Mittheilung des Geschäftsberichts,
Bericht der Rechnungsrevisoren,
Wahl derselben pro 1863.

Die Zutrittskarten können gegen Hinterlage der Aktien gelöst werden:
in **Basel** bei Herrn **Bischoff** zu **St. Alban,**
„ **Lörrach** „ „ **M. Pflüger,**
„ **Schopfheim** „ „ **C. W. Grether;**
bei welchen ebenfalls der Jahresbericht der Direktion in Empfang genommen werden kann.

Lörrach, am 2. Mai 1863.

Direktion der Wiesenthalbahn.

Z.v.980. **Karlsruhe. Besten 1849er Johannisbeerwein, feinste Orangen- und Ananas-Punschessenz, Marasquino di Zara, Rum de Jamaica, Arac de Batavia und feinsten Souchong- und Impérial-Thee** empfiehlt zu billigen Preisen

Heinrich Fellmeth.

Z.v.87. Bremen.

Norddeutscher Lloyd.

Direkte Post-Dampfschifffahrt zwischen Bremen und New-York,

Southampton anlaufend:

Amerika,	Capt. **H. Wessels,**	Sonnabend 23. Mai,
Bremen,	Capt. **E. Meyer,**	Sonnabend 6. Juni,
Newyork,	Capt. **G. Wenke,**	Sonnabend 20. Juni,
Hansa,	Capt. **H. J. v. Santen,**	Sonnabend 4. Juli,
Amerika,	Capt. **H. Wessels,**	Sonnabend 18. Juli.

Passage-Preise: Erste Cajüte 140 Thaler, zweite Cajüte 90 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Gold, incl. Beköstigung. Kinder unter zehn Jahren auf allen Plätzen die Hälfte; Säuglinge 3 Thaler Gold.

Güterfracht: Bis auf Weiteres 2 Pfd. St. 10 Sh., resp. 3 Pfd. St. 10 Sh. mit 15 % Primage pr. 40 Cubikfuß Bremer Maße.

Nähere Auskunft ertheilen: in **Karlsruhe** Herr **Emil Giehne,** Generalagent, und Herr **J. Stüber;** in **Mannheim** die Herren **J. M. Bielefeld,** Generalagent (auch in **Kehl**), — **Conrad Herold,** Generalagent, — **Rabus & Stoll — Walther, Reinhard & Müller — Mich. Wirsching.**

Bremen, 1863. Die Direktion des Norddeutschen Lloyd.

Crüsemann, Direktor. **H. Peters,** Prokurant.

Z.v.280. Mannheim.

Rhein-Dampfschifffahrt.

Kölnische und Düsseldorfer Gesellschaft.

Abfahrten von Mannheim vom 4. April 1863 an

täglich 5 1/2 Uhr Morgens nach **Cöln—Düsseldorf—Arnheim.**
Montags, Dienstags, Donnerstags und Samstags nach **Rotterdam.**
Dienstags und Donnerstags nach **London.**
1 1/2 Uhr Nachmittags nach **Bingen.** Anschluß an Zug von Karlsruhe.
Von **Mainz** täglich 7 1/4, 9 1/2, 11 1/2 Uhr Morgens nach **Cöln,** 3 Nachmittags nach **Coblenz,** 5 3/4 Abends nach **Bingen.**

Mannheim, im April 1863.

Die Agentschaft
Claasen & Reichard.

Soolbad Rappenau.

Z.v.793. Nr. 423. Die hiesige Badanstalt, Soolbad und Sooldampfbad — letzteres bedeutend vergrößert und neu eingerichtet — beide mit Soole und Süßwasser-Douche, wird Montag den 25. Mai eröffnet.

Ludwigssaline Rappenau,
den 29. April 1863.

Großh. Salineverwaltung.
A. Fischer.

Z.v.991. Pforzheim.

Liegenschafts-Verkauf.

Dem Unterzeichneten wurden nachstehende Gebäulichkeiten, in der Nähe der Eisenbahn-Station Sersheim, Königr. Württemberg, gelegen, zum Verkauf aus freier Hand übergeben:

1) Eine zweistöckige Mahlmühle, bestehend in 4 Mahlgängen, Gerbgang, Schwingmühle, mit einem Nebenbau, worin sich eine Hanfreibe befindet. Im obern Stock der Mühle ist die Wohnung, bestehend aus einem Wohn- und zwei Schlafzimmern, Küche, Speisekammer, und unter dem Dach großen Fruchtboden;
2) eine zweipaarliche Scheuer mit großem Heuboden;
3) an diese anstoßend eine Stallung für circa 10 Stück Rindvieh, mit vollständiger Einrichtung;
4) ein neuer Rindviehstall ohne Trog, neu gepflastert, mit eichenem Oberboden und Heuboden;
5) ein zweistöckiger Anbau an die Scheuer mit einer Wohnung im zweiten Stock (Zimmer und Alkoven), im untern Stallung, obenauf großer Fruchtboden. Unter diesem Gebäudetheile befindet sich ein großer gewölbter Keller in 2 Theile abgetheilt;
6) 12 massive, von Stein neuerbaute Schweinställe, worauf ein großer Geflügelstall und hinten eine große Holzlege sich befindet;
7) eine einstöckige Stallung für sechs Pferde, obenauf großer Heuboden.

Ferner grenzen an diese Gebäulichkeiten an circa 2 Morgen Acker-, Wiesen- und Gartenfeld, theils mit Kartoffeln, Klee und Gemüse angepflanzt.

Sämmtliche Gebäulichkeiten nebst Gütern befinden sich im besten Zustand und können ihrer vortheilhaften Lage wegen zu jedem größern Geschäftsbetrieb eingerichtet werden. Nähere Auskunft ertheilt das

öffentliche Geschäftsbureau
Franz Schütz in **Pforzheim.**

Z.v.818. D.Nr. 4577. Karlsruhe.

Liegenschafts-Versteigerung.

Die den Kindern des königl. bayrischen Generalverwaltungsdirektors Katl von Feinaigle zu München und den Kindern des großh. bad. Registrators Anton Rheinboldt dahier gemeinschaftlich gehörigen, unten beschriebenen Liegenschaften werden der Theilung wegen am

Freitag den 22. Mai d. J.,
Nachmittags 3 Uhr,

im Geschäftszimmer des Notars Süß, Innerer Zirkel Nr. 33, öffentlich zu Eigenthum versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Anschlag oder darüber geboten wird.

Beschreibung der Liegenschaften.

Häuser und Gebäude.

1.

Ein zweistöckiges Wohnhaus mit Seiten- und Hintergebäude, nebst Hofraum und Garten, Nr. 10 in der Waldhornstraße hier, neben Friseur Seiler und Handelsmann Seligmann Marx Wittwe. Taxirt zu 7000 fl.

Garten.

2.

Ein Viertel in den Augärten im dritten Gewann, neben Glasermeister Mörch und Chorist Richter. Taxirt zu . . . . . 600 fl.

Aecker.

3.

2 Viertel Acker im Bürgerfeld oder Sommerstrich, neben August Wagner und Förster Kärcher. Taxirt zu . . . . . 500 fl.

4.

Etwa 5 Viertel Acker im Bürgerfeld am Wege nach Mühlburg, neben Hirschwirth Müller und Schmied Braun. Taxirt zu . . . . . 800 fl.

5.

1/2 Morgen Acker in den Augärten, dritter Gewann, neben Glasermeister Mörch und Fräulein Rau. Taxirt zu . . . . . 1050 fl.

Karlsruhe, den 2. Mai 1863.

Großh. bad. Stadtamtsrevisorat.
G. Gerhard.

Z.r.15. Mühlburg.

Liegenschafts-Versteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden aus der Gantmasse des Bäckers Philipp Jakob Schäfer von Mühlburg nachbeschriebene Liegenschaften am 19. Mai 1863, Nachmittags 2 Uhr, in dem Gemeinderathszimmer zu Mühlburg öffentlich versteigert und der Zuschlag ertheilt, wenn der Schätzungspreis erreicht wird; andernfalls bleibt die Genehmigung des Gläubigerausschusses vorbehalten.

Gebäude:

Ein einstöckiges Wohnhaus mit Seiten- und Hinterbau, an der Hauptstraße zu Mühlburg, neben Friedrich Morlock und Christian Zimmermann, taxirt 5000 fl.

Mühlburg, den 28. April 1863.

Der Vollstreckungsbeamte.
Frank.

Z.r.16. Karlsruhe.

Wagen-Versteigerung.

Freitag den 15. Mai 1863,
Nachmittags 2 Uhr

werden in der Karlsstraße Nr. 47 folgende Gegenstände gegen Baarzahlung öffentlich versteigert:

Eine moderne einspännige Kalesche, ein kleiner Leiterwagen, eine Stalleinrichtung für 4 Pferde, zwei einspännige Chaisengeschirre, Kübelpflanzen und verschiedene Stallrequisiten.

Karlsruhe, den 7. Mai 1863.

Herrenschmidt, Gerichtstaxator.

Z.v.725.b. Karlsruhe.

Verkauf von Bauplätzen.

Der durch die Fortsetzung der Adlerstraße bis zur Kriegsstraße von dem Markgräflichen Palaisgarten abgeschnittene Theil wird, zu 6 Bauplätzen eingetheilt,

Montag den 11. Mai d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

in dem Gartensaal der Gesellschaft Eintracht dahier, vorbehaltlich höherer Genehmigung, öffentlich zu Eigenthum versteigert, welche Bekanntmachung mit dem Anfügen erneuert wird, **daß die Versteigerung des Bauplatzes im Ganzen unterbleibt.**

Die Versteigerungsbedingungen, sowie der Situationsplan können vorher bei unterzeichneter Stelle eingesehen werden.

Karlsruhe, den 28. April 1863.

Markgräfliche Palais-Garten-Kasse.

Z.r.13. Karlsruhe.

Pflasterarbeits-Vergebung.

Die im Laufe dieses Jahres in hiesiger Stadt vorzunehmenden Pflasterarbeiten, circa 800 Ruthen umfassend, sollen im Soumissionswege vergeben werden.

Das Verzeichniß der Arbeiten, sowie die Bedingungen liegen auf der Gemeinderathskanzlei zur Einsicht auf.

Anerbieten können auch auf nur einzelne Straßentheile gemacht werden.

Die Abgabe der Soumissionen hat bis

längstens Freitag den 15. d. M.,
Abends 6 Uhr,

schriftlich und versiegelt bei der obigen Kanzlei stattzufinden.

Karlsruhe, den 9. Mai 1863.

Stadtbauamt.

Z.v.1000. Kirrlach, Bez.Amt Philippsburg.

Bauarbeiten-Vergebung.

Die Bauarbeiten zur Herstellung eines neuen Rath- und Schulhauses mit Oekonomiegebäude dahier werden hiermit zur Vergebung mittelst schriftlicher Angebote ausgeboten.

Dieselben sind nach dem Kostenanschlage berechnet:

1) Grabarbeit	73 fl. 6 kr.
2) Maurerarbeit	7194 fl. 56 kr.
3) Steinhauerarbeit	1130 fl. 34 kr.
4) Zimmerarbeit	3441 fl. 33 kr.
5) Schreinerarbeit	1244 fl. 45 kr.
6) Glaserarbeit	514 fl. 38 kr.
7) Schlosserarbeit	398 fl. 20 kr.
8) Pflästererarbeit	136 fl. 30 kr.
9) Tüncherarbeit	230 fl. 8 kr.

Die Pläne, Kostenüberschläge und Bedingungen können bis zum 15. Mai d. J. bei dem unterzeichneten Bürgermeisteramt eingesehen werden.

Liebhaber zur Uebernahme dieser Arbeiten werden eingeladen, ihre Angebote schriftlich, versiegelt, und mit der Aufschrift: „Angebot zu Arbeiten an dem Rath- und Schulhaus zu Kirrlach" versehen, bis längstens Samstag den 16. Mai d. J., Mittags 12 Uhr, bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.

Die urkundliche Eröffnung der eingelaufenen Offerte findet an demselben Tage Nachmittags 2 Uhr bei der unterzeichneten Stelle statt, und können die Submittenten sich zu derselben einfinden.

Kirrlach, den 6. Mai 1863.

Bürgermeisteramt.
Riegel.
vdt. Martes.

Z.w.235. Nr. 3410. Krautheim. (Aufforderung.) Andreas Hammerich von Uissingen, geboren am 25. März 1832, ist im Jahr 1843 nach Amerika ausgewandert und hat seither keine Nachricht mehr von sich gegeben.

Derselbe wird daher auf Antrag seiner Verwandten aufgefordert,

binnen Jahresfrist

Kunde von sich zu geben, widrigenfalls er für verschollen erklärt und sein Vermögen den nächsten Anverwandten in fürsorglichen Besitz gegen Sicherheitsleistung gegeben würde.

Krautheim, den 4. Mai 1863.

Großh. bad. Bezirksamt.
Danner.

Z.w.233. Nr. 4201. Karlsruhe. (Aufforderungszurücknahme.) Wir nehmen unser Ausschreiben vom 23. April d. J., Nr. 3820, gegen Fischer Ludwig Lemmert von Germersheim zurück, da der Angezeigte sich zur Einvernahme gestellt hat.

Karlsruhe, den 5. Mai 1863.

Großh. bad. Landamt.
Bausch.
vdt. Schäfer.

Z.w.242. Nr. 9096. Heidelberg. (Diebstahl und Fahndung.) Am Sonntag den 3. d. Mts. wurden dahier folgende Gegenstände entwendet:

1) ein schwarzer Tuchrock, innen mit schwarzem Seidenfutter gefüttert, noch ziemlich neu;
2) ein schwarzer Ueberzieher mit Sammetkragen, grau und roth karrirt gefüttert, in dem Futter ist ein breites Stück vom nämlichen Zeuge eingesetzt;
3) eine schwarze Tuchweste;
4) ein Paar Winterhosen;
5) 2 bis 3 leinene Hemden, gezeichnet G. B.;
6) ein Paar Pantoffeln, und
7) eine alte wollene Weste.

Wir bitten um Fahndung.

Heidelberg, den 6. Mai 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
v. Litschgi.

Mit zwei Beilagen.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.